

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Zeilenzelle 1 Mr. Aufnahme nur bei vorherig. Gebühreneinsendung auf Postcheck. Alfred Kriebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschl. Freitags

## Vor dem Verbandstag in Stuttgart.

Gemäß den Satzungen unseres Verbandes und dem Beschluß des Dresdner Verbandstages, hat der Hauptvorstand den fälligen ordentlichen Verbandstag zum 8. August d. J. nach Stuttgart einberufen. Es ist der vierte Verbandstag, der nach der im Jahre 1920 in Halle a. d. S. stattgefundenen Zusammenlegung des Sattler- und Portefeuilleverbandes und des Tapezierer-Verbandes zusammentritt. Vor 12 Jahren stand Deutschland am Anfang der Inflationsperiode, die besonders die arbeitende Bevölkerung so verhängnisvoll belastete. Der nächste Verbandstag, der 1923 in Offenbach a. M. zusammentrat, tagte bereits in einer Zeit, in der die Papiergeldhochzeit jede klare Uebersicht über die Ergebnisse des Tages verwischt.

Erfst nach der im Spätherbst 1923 erfolgten Stabilisierung der deutschen Währung war es auch den Gewerkschaften möglich, das Verlorene auf realer Grundlage aufzurichten und auszubauen. Es galt vor allem, die wütenden Angriffe der Unternehmer gegen das Tarifwesen, und hier wieder besonders gegen den Achtstundentag, abzuwehren und mit neuer Kraft für die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzutreten. Mit welcher Energie diese Kämpfe geführt wurden, zeigt uns die Tatsache, daß in den Jahren 1924/25 rund 10 300 Mitglieder unseres Verbandes im Streit gestanden haben.

Rund 266 000 Streiktage wurden gezählt und über eine halbe Million Mark an Streit- und Gemäßigungsunterstützung wurden aus der Verbandskasse gezahlt.

Aus den Erfahrungen dieser Kampfesperiode heraus wurde dem 1926 in Hamburg zusammengetretenen Verbandstag die Aufgabe, durch Erhöhung der Beiträge und Ausbau der Unterstützungseinrichtungen den inneren Zusammenhalt unserer Organisation und ihre Widerstandsfähigkeit nach außen zu festigen. Der Verbandstag in Dresden stand unter verhältnismäßig günstigen Umständen. Die Organisation stand nach innen und außen gefestigt da. Wohl zählten wir bereits Ende Mai 1929 18,2 Proz. Arbeitslose. Was will das aber besagen gegen 62,1 Proz. Ende März 1932, also zu einer Zeit, die in früheren Jahren als die günstigste des ganzen Jahres angesehen wurde.

Das Verbandsvermögen betrug am Schluß des Jahres 1928 rund 855 000 Mk. in der Hauptkasse und 295 000 Mk. in den Lokalkassen. Der Verbandstag beschloß — ohne Erhöhung der Beiträge — Erhöhung der Streikunterstützung um 10 Proz., Kürzung der Karenztage in der Krankenunterstützung, Verlängerung der Unterstützungstage bei der Erwerbslosenunterstützung. Neu eingeführt wurde die Invalidenunterstützung. In seinem Schlußwort konnte Kollege Peter Blum mit Recht ausführen, daß der Verband mit seinen Einrichtungen auf der Höhe steht.

Diese günstige Entwicklung hat nicht angehalten. Der Verbandstag in Stuttgart hat mit der Tatsache zu rechnen, daß auch unser Verband von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben ist. Die Arbeitsmöglichkeiten in den unserer Organisation angeschlossenen Berufen und Branchen schrumpfen immer mehr zusammen und auf der anderen Seite erfordert die Befriedigung der Ansprüche an die Unterstützungseinrichtungen immer größere Mittel. Die Lohn- und Tarifbewegungen der letzten Jahre standen unter dem Druck der ungünstigen Wirtschaftslage und mußten gegen den heftigsten Widerstand der Arbeitgeber geführt werden. Nur so war es möglich, einen Teil der beabsichtigten Ver-

schlechterungen abzuwehren. Die Reichsregierung hat dieses reaktionäre Treiben der Unternehmer unterstützt und durch die Notverordnung und den Einfluß auf die Schlichtungsinstanzen erheblich zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beigetragen.

In klarer Erkenntnis der allgemeinen schwierigen Situation werden die zur Vertretung der Verbandsinteressen nach Stuttgart delegierten Kollegen zu beraten haben, welche Wege einzuschlagen sind, um unseren Verband über die Wirtschaftskrise hinwegzuführen und um die Unterstützungseinrichtungen in ihrem wesentlichen Teil aufrechtzuerhalten. Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, von welchem Zeitpunkt ab sich die wirtschaftlichen Zustände im Reich ändern bzw. bessern werden. Weil das nicht der Fall ist, müssen die zu fassenden Beschlüsse mit doppelter Vorsicht geprüft werden. Wir stoßen dabei auf allerhand innere Widerstände. Die Inflationskrise 1920/23 ist noch nicht vergessen und deshalb besteht teilweise auch noch in Kollegentreifen eine gewisse Abneigung gegen die Aufstellung großer Reserven. Auf der anderen Seite sind die mannigfaltigen Erschütterungen, denen die deutsche Wirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten ausgesetzt war, so heftig gewesen, daß es nicht ganz leicht sein wird, eine alle Teile zufriedenstellende Patentlösung zu finden.

Eine Umstellung der Finanzierung der Verbandskasse von der Einnahmeseite her verspricht nicht viel Erfolg. Die Beiträge sind geregelt nach dem Verdienst des einzelnen Verbandsmitgliedes. Sie erhöhen sich oder gehen zurück mit dem steigenden oder fallenden Einkommen. Einer Nachprüfung zu unterziehen wäre unser Erachtens die Bindung der langfristigen Arbeitslosen an die Organisation. Die bisherige Regelung (§ 7 Abs. 2 des Verbandsstatuts) sieht vor: „Zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft ist wöchentlich eine Anerkennungsmarke von 5 Pf. mit der Aufschrift „Erwerbslos“ zu leben. Im übrigen sollen für Erwerbslose die Bestimmungen des § 4 Abs. 1a ebenso gelten wie für die in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder, d. h. die Mitgliedschaft erlischt, wenn das betreffende Mitglied mit seinen Beiträgen mehr als 13 Wochen im Rückstand ist. Bei Einführung der Anerkennungsmarken ist man davon ausgegangen, die Bindung der ausgesteuerten langfristig erwerbslosen Kollegen an die Organisation zu festigen. Nun haben einzelne besser fundierte Verwaltungsstellen diese Anerkennungsmarken aus der Lokalkasse bezahlt, ja in einzelnen Fällen hat man bis in die letzte Zeit hinein die Mitgliedsbücher der Ausgesteuerten in der Ortsverwaltung aufbewahrt. Es erscheint uns fraglich, ob auf diese Art eine zufriedenstellende Lösung herbeigeführt werden kann. Es wird zu prüfen sein, ob nicht andere Mittel geeigneter erscheinen, um den größten Teil der arbeitslosen Mitglieder enger an die Organisation zu fesseln.

Schwieriger dürfte sich die Ueberprüfung der Bestimmungen über das Unterstützungswesen des Verbandes gestalten. Selbst in Arbeitgebereisen mußte anerkannt werden, daß die Durchhaltung des Unterstützungswesens in der Zeit der Krise eine Großtat ist, für die heute noch jeder Maßstab fehlt. Wir glauben uns im Einverständnis mit der Mehrheit unserer Verbandskollegen, wenn wir die Ansicht vertreten, daß die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes unbedingt aufrechterhalten werden müssen. Notwendig wird es sich machen, die Höhe der Unterstützungssätze und die Karenzzeiten einer Nach-

prüfung zu unterziehen. Es kann und soll an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, dem Hauptvorstand durch Formulierung fest umrissener Forderungen vorzugreifen. Diese Ausführungen dienen nur dem Hinweis, daß wir, der gegenwärtigen Angunst der Wirtschaftslage Rechnung tragend, vorübergehende Einschränkungen bis zum Eintritt besserer Verhältnisse in Kauf nehmen müssen.

Grundsätzlich wichtig erscheint es, die einzelnen Hauptunterstützungsarten unseres Verbandes — Streikunterstützung, Erwerbslosenunterstützung, Invalidenunterstützung — auf eigene Füße zu stellen. Es wäre dabei davon auszugehen, daß der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben innerhalb der einzelnen Unterstützungsarten so geregelt wird, daß diese auch in Perioden großer Anforderungen an ihre Leistungen noch lebensfähig sind.

In besonderem Ausmaße trifft dieser Hinweis zu auf die vor drei Jahren neu geschaffene Invalidenunterstützung. Der Verbandstag in Dresden hatte von der Einführung einer reinen Altersversicherung abgesehen, weil ihm das Risiko dabei zu groß war. Wir zählten 1929 bereits 1,5 Proz. Verbandsmitglieder, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten. Dazu kamen die invaliden Kollegen, die noch nicht 65 Jahre alt waren. Mit seinen Beschlüssen zur Invalidenunterstützung hat der Dresdner Verbandstag sehr vorsichtig operiert und glaubte damit alles getan zu haben, was geeignet sein konnte, unangenehme Ueberraschungen zu vermeiden. Auch hier hat die Wirtschaftskrise störend eingegriffen. Statt einer reinen Invalidenunterstützung stellt sich die Einrichtung immer mehr zur Altersunterstützung um. In normalen Zeiten gab es immer Kollegen, die auch über das 65. Lebensjahr hinaus ihrem Beruf nachgehen konnten. Heute, wo drei Viertel aller unserer Berufsangehörigen entweder arbeitslos sind oder kurzarbeiten, wird es für den alten oder körperlich behinderten Kollegen immer schwerer, wieder in Arbeit zu kommen. Die Belastung, die daraus für die Invalidenunterstützung entsteht, ist äußerst fühlbar und es würde bei Beibehaltung der jetzigen Unterstützungssätze recht bald der Zustand eintreten, daß die Einnahmen weit hinter den Ausgaben für die Invalidenunterstützung zurückbleiben. Es wurde für Invalidenunterstützung ausgegeben:

	Jahr der Fälle	Betrag Mk.	Durchschnitt pro Mitglied Mk.
II. Quartal 1930	276	8 361,45	30,30
III. „ 1930	303	9 523,05	31,40
IV. „ 1930	333	10 742,70	32,56
I. „ 1931	356	11 598,45	32,58
II. „ 1931	394	12 950,65	32,86
III. „ 1931	429	14 665,40	34,18
IV. „ 1931	462	15 735,85	34,06

Wir hoffen, daß mit uns der größere Teil der Verbandsmitglieder erkennen wird, daß alles daran zu setzen ist, um den Verband mit seinem inneren Aufbau über die schwere Krisenzeit hinwegzubringen.

Selbstverständlich ist es, daß sich die Betätigung des kommenden Verbandstages nicht auf die Ueberprüfung der Unterstützungseinrichtungen beschränken kann. Heute ist das ganze politische, wirtschaftliche und soziale Gebiet in das Arbeitsfeld der Gewerkschaften einbezogen. Bereits in Nr. 5 des Verbandsorgans wurde eine gedrängte Uebersicht über das Vertragswesen unseres Verbandes veröffentlicht und der Bericht des Hauptvorstandes über seine Tätigkeit in der letzten Geschäftsperiode wird ausreichend Ge-

legenheit bieten, die Lohn- und Vertragspolitik der letzten drei Jahre noch einmal Revue passieren zu lassen. Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß der Sattler-, Tapezierer- und Portefeulien-Verband jederzeit bemüht gewesen ist, das ihm geschehnte Vertrauen zu verdienen und die ihm gestellten Aufgaben zu lösen. Neuerdings geben die kommunistischen Zeitungen und die Nazipresse dazu über, Auszüge aus den Jahresberichten der Gewerkschaften zu veröffentlichen. Sie stimmen ein Freudenheul an, wenn sie von einem Verband feststellen können, daß als Auswirkung der Krise und der langanhaltenden Arbeitslosigkeit der Vermögensbestand und die Mitgliederzahl zurückgegangen sind. Die Unternehmer sind selbstverständlich immer geneigt, dieses Triumphheul ernstzunehmen und in Angriffen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen auszumünzen.

Wir glauben, diese geborenen Feinde der freien Gewerkschaften frohlocken zu früh. Es ist nicht die erste Krise, die wir zu überleben haben. Wir erinnern an das Sozialistengehök, an die Wirtschaftskrisen 1890/95 und 1900/04, an die Kriegs- und Nachkriegszeit. Aus allen diesen Zeiten schwerer Not und Bedrückung ist der Gewerkschaftsgedanke siegreich hervorgegangen, er wird auch die gegenwärtige Krise überdauern.

Dem Verbandstag in Stuttgart fällt die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu, die gegenwärtige Lage zu prüfen und aus der Erkenntnis, daß eine starke, innerlich geeigte Gewerkschaftsorganisation zum Erfolg führen kann, keine Beschlüsse zu fassen.

### »Gehet hin in alle Welt!«

In seinem ursprünglichen, eigentlichen Wesen war das Pfingstfest das Fest der Begeisterung von einer Idee und des innerlichen Drängens, nun diese Idee allen Menschen zu künden.

„Gehet hin in alle Welt!“ Dieses Wort stand über dem Beginn einer bedeutsamen geschichtlichen Bewegung. Aus solchem Künden der Idee an alle Menschen wurde sie so gewaltig.

Pfingsten ist das Fest der Werbekraft einer Idee und der Notwendigkeit des Werbens für einen Gedanken.

Aber Pfingsten ist auch das Fest der Feier des Geistes. Es war das Fest des Heiligen Geistes immer. Es kann auch uns Kämpfern symbolisch das Fest des Geistes, das Fest der sittlichen Tiefe unserer Idee sein. Und damit das Fest des Werbens für das Göttliche unseres heiligen Gedankens.

In Elend und Not lebten einst jene Menschen, denen das neue Evangelium gekündet wurde. Römischer Kapitalismus beherrschte die Welt.

Wie nie zuvor in der Geschichte war die Menschheit des weiten römischen Reiches, in dem der Messias erstanden, zerrissen in Fülle und Not, Ueberfluß und Elend. Die Sklavenaufstände, die sozialen Erhebungen waren Zeichen jener Zeit.

Es ist begreiflich, daß diese Menschen damals für eine neue Idee der Gerechtigkeit und Liebe empfänglich waren in all ihrer Welt der Ungerechtigkeit und Roheit. Und sie lauschten der Lehre und folgten den Kündern. Sie, die Unterdrückten und Armen und Geknechteten.

Sie glaubten, jene Prasser und Schlemmer, jene Ausbeuter, jene Herrenmenschen, die als Hausbesitzer die Massen zusammenpferchten auf allergeringstem Raum in hohe Häuser und niedrige Zimmer, viel schlimmer als heute, diese Elenden hatten keinen Sinn für einen sittlichen Gedankenden man da kündete. Was scherte jene Menschen des Luxus das Göttliche? Da, wo der Mensch nichts hatte als sich selbst, da fand die Lehre von dem Reiche der Liebe neue Jünger.

Und sie spotteten dieser „Proleten“. Diese satten und selbstgefälligen Menschen des Luxus und der Verschwendung lachten über die Proleten-Jünger der neuen Lehre. Bestanden die neuen Gemeinschaften doch „aus ungebildeten Leuten, aus Handwerkern und alten Mütterchen“. Waren doch „nur Sklaven, Weiber und Kinder“ dem werbenden Worte gefolgt. Wie es Paulus auch schon ausgesprochen hat, wenn er, dieser erste Agitator, sagte: „Schet, Brüder! Es sind nicht viele Mächtige, nicht viele Vornehme unter uns!“

Und diese Proleten brachten die Welt unter ihre Lehre. Die Werbekraft des proletarischen Wortes brachte die Erde in ihren Bann. Aber die Mächtigen verstanden es dennoch, stark zu sein. Hier Wirtschaft und da Religion. Hier Arbeit und da sittlicher Glaube. Zerrissenheit, immer krasser und furchtbarer bis heute.

Und wieder kamen Proleten mit heiligem Wort. Wieder erstand neu die Lehre der Liebe in den Einfachen und Armen. Und wieder kündeten sie aller Welt das große Neue, das nur in Freiheit und Gemeinschaft möglich ist. Und wieder lauschten die Menschen des Erdballs. Wieder wurde der sittliche Gedanke der Gedanke der Welt. Verspottet von den Mächtigen. Und doch siegend.

Ein feierliches Pfingsten ist unsere ganze Zeit. Es brennt uns im Herzen, und wir werben. Aus der Not steigt der neue göttliche Gedanke der Wahrheit und des Rechts herauf. Doch nimmer läßt er sich in Zukunft von den Mächtigen wieder in ihre Interessen spannen. Jetzt gestaltet der sittliche Gedanke das Weltbild. Jetzt formt der göttliche Glaube die Ordnung der Erde.

Und die neue Zeit der Freiheit und Liebe bricht endlich an. Dr. G. H.

### Fortschreitende Arbeitslosigkeit.

Auf Grund der Angaben der Arbeitslosenstatistik, der freiwilligen und obligatorischen Arbeitslosenversicherung, der Statistiken der Gewerkschaften und der Arbeitsnachweise hat das Internationale Arbeitsamt eine Tabelle aufgestellt, aus der hervorgeht, daß die Zahl der Arbeitslosen vom Jahre 1930 bis Ende 1931 in den wichtigsten Ländern wie folgt gestiegen ist: in Deutschland um 29 Proz., Oesterreich 12 Proz., Großbritannien 7 Proz., Belgien 62 Proz., Dänemark 28 Proz., Niederlande 94 Proz., Schweiz 87 Proz., Tschechoslowakei 57 Proz., Australien 13 Proz., Kanada 25 Proz., Ungarn 30 Proz., Schweden 39 Proz., Estland 49 Proz., Finnland 73 Proz., Frankreich 675 Proz. (von 22 879 auf 177 294), Irland 18 Proz., Italien 53 Proz., Japan 8 Proz., Lettland 116 Proz., Norwegen 28 Proz., Neuseeland 508 Proz., Polen 4 Proz., Rumänien 36 Proz., Jugoslawien 45 Proz.

### Vorstoß der internationalen Gewerkschaftsbewegung beim Internationalen Arbeitsamt.

Die ungeheure Notlage des Millionenheeres der Arbeitslosen hat die Spitzenorganisationen der europäischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften veranlaßt, gegen die schlepende Behandlung der vordringlichsten Probleme zur Bekämpfung der Krise beim Internationalen Arbeitsamt in Genf zu protestieren. Aus Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Estland und Lettland wurden Telegramme an die 16. Internationale Arbeitskonferenz geschickt, in denen gefordert wird, schnellstens internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosennot zu treffen und insbesondere die Durchführung der 40-Stunden-Woche und der Arbeitsbeschaffung zu beschleunigen. Die europäischen Gewerkschaften verlangen die dringliche Einberufung einer internationalen Sonderkonferenz zwecks Beratung wirksamer Maßnahmen mit dem Ziel, insbesondere die 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche als Höchstarbeitsdauer international durch eine Konvention durchzuführen. In ähnlicher Form sind von außereuropäischen Ländern Australien und Neuseeland beim Internationalen Arbeitsamt vorstellig geworden, so daß den von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genf lebend erneut erhobenen Forderungen größter Nachdruck verliehen worden ist.

Angeichts der Schwere der Krise, aus der noch kein Ausweg zu erblicken ist, muß erwartet werden, daß diese dringlichen Appelle des Internationalen Arbeitsamts veranlassen, energischer als bisher die Widerstände zu bekämpfen, die den einzig möglichen Veränderungsmaßnahmen unüberwindlicher Weise noch entgegengesetzt werden.

### Die Zellulose als Klebstoff in der Lederverarbeitung.

Zugleich Antwort auf eine an die Redaktion gerichtete Frage.

Die Verwendung der Zelluloseprodukte zum Kleben von Leder ist keineswegs neu, die auffallend zunehmende Verwendung findet ihre Erklärung hauptsächlich in dem Bestreben, die wasserlöslichen Präparate zu verlassen. Die Herstellung von Klebpräparaten, die gegen Feuchtigkeitseinwirkung mehr oder weniger unempfindlich sind, ist in neuerer Zeit wesentlich verbessert worden. Die Verwendung der Zellulose als Klebemittel ist im Jahre 1891 bereits patentrechtlich geschützt worden. Zelluloselauge erhielt durch Mischen mit Proteinsubstanzen, wie Glutin, Weizen, Blut, Kasein usw. Wasserbeständigkeit. Während der Mischung wurde der Masse verdünnte Säure oder ein lauer reagierendes Salz (Alaun) zugelegt. Die neueren Präparate weichen von dieser Zusammensetzung ganz wesentlich ab.

In gewissen Zwischenräumen ist immer wieder versucht worden, Zellulosepräparate in irgendeiner Form als Klebstoff zu benutzen. Es kam nicht lediglich darauf an, das Präparat wasserbeständig herzustellen, es diente auch im Preise von den üblichen wasserlöslichen Klebstoffen nicht auffallend abzuweichen. Die Verfertigung dieses Prinzips kam besonders beim Patent 335 918 zum Ausdruck. Zerkleinertes Papier wurde mit Natronwasserglas behandelt. Hierbei kam es darauf an, daß die im Papier enthaltenen Klebstoffe und die Papierfasern selbst den Kleberfilm bildeten. Das zerkleinerte Papier wurde mit 20prozentigem Natronwasserglas im Verhältnis von etwa 25 Gewichtsteilen Papier auf 50 Gewichtsteilen Natronwasserglas bei Siedetemperatur aufgeweicht, getriert und gemahlen. Trotz aller Einfachheit hatte dieses Verfahren erhebliche Mängel, wie ein motorisch betriebenes Mischwerkzeug zur Voraussetzung. Die aufgeschlossene Papiermasse wurde im Mischwerkzeug mit fein pulverisierter Kreide acht Stunden gemischt. Die Masse war leicht streichbar, hatte hohe

Klebekraft und war nach dem Trocknen nicht spröde. Sie konnte mit einer Natronwasserglaslösung beliebig verdünnt werden. Kurz nach der Patenterteilung wurde dieses Lederklebemittel durch Hinzufügen von Süßholzwurzel bzw. Glyzerin verbessert. Auf dieser Grundlage sind auch weitere Präparate hergestellt worden. Das Ausgangsmaterial der in den letzten Jahren viel erörterten süßigen Makulatur ist ebenfalls ein Zellulosepräparat. Den Anforderungen, die an ein Lederklebemittel gestellt wurden, entsprachen all diese Präparate nur unvollständig. Die große Klebekraft der Zellulose mußte in anderer Weise nutzbar gemacht werden. Es ist bekannt, daß Papier auch ohne Klebemittel auf einer glatten Fläche durch bloße Befestigung ausgeklebt werden kann. Das Blatt hält um so fester, je besser es durchfeuchtet war. Aus dieser Erkenntnis heraus hat man versucht, Altpapier zu lösen und Klebpräparate daraus herzustellen. Daß die Zelluloseklebpräparate auch höheren Anforderungen angepaßt werden können, war den Papierchemikern schon längst bekannt, denn Charbonnet hatte bereits vor einem halben Jahrhundert die ersten Kunstfellebäden aus Zellulose hergestellt. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen hat sich durch das Patent 339 796 ein Verfahren zum Kleben von Leder schützen lassen. Es handelt sich hier um Acetylzellulose oder Nitrozellulose oder Mischungen beider in verschiedenen organischen Stoffen.

Einen bemerkenswerten Fortschritt in dieser Richtung brachte das Patent Nr. 429 737 von Dr. Eberhard Meyer, Troisdorf bei Köln.

Um das Zellulosepräparat auch weitgehenden Anforderungen anzupassen, wurde eine Mischung von Zellulose-Derivaten mit Kautschuk verfertigt. Dieses Klebemittel hatte den Vorzug großer Geschmeidigkeit und hoher Widerstandsfähigkeit gegen Feuchtigkeit. Für die allgemeine Verwendung war es trotz der gegenwärtig billigen Gummipreise zu kostspielig. Aber für Treibriemen, die in feuchter Atmosphäre laufen, verschiedene Industrieräder usw. ist dieses Präparat in hohem Maße geeignet.

Nach dem neuesten, im Februar 1932 erteilten Patent Nr. 445 405 dient eine perforierte Folie aus Zellulose-Derivaten als Bindemittel. Im Anwendungsbeispiel ist die Verbindung eines Treibriemens beschrieben. Das Verfahren dürfte jedoch für zahlreiche andere Lederwaren, z. B. Tischnerwaren, Etuis, selbst für Riemenzeuge in Betracht kommen. Um zwei Lederstücke miteinander zu verbinden, wird eine Folie von Acetylzellulose mit einem geeigneten Weichmachungsmittel oder einer Kombination von Acetylzellulose oder Nitrozellulose von 0,13 Millimeter Dicke aufgelegt. Dem Lösungsmittel und Weichmachungsmittel wird die Klebefähigkeit bzw. der Weg ins Innere der Folie dadurch ermöglicht, daß durch Nadeln, kleine Locheisen u. dgl., Schlitzen usw., eine Perforation hergestellt wird. Die Folie wird dann in ein geeignetes Lösungsmittel und Weichmachungsmittel getaucht und zwischen die zu verbindenden Lederstücke gelegt. Schon nach mäßigem Druck erfolgt Verklebung.

Für die Lederwarenfabrikation hat die Klebefolie schon infolge ihrer Einfachheit einen sächlichen Vorteil. Bei diesen Arbeiten, besonders bei der Massenfertigung kann durch die Verwendung genau abgepaßter Klebefolien Zeit gespart werden. Aber noch wesentlicher erhebt der Vorteil der großen Sauberkeit des Verfahrens. Besonders bei hellen Lederwaren war die Festschließung nur bei großer Sorgfalt und ausreichender Geschicklichkeit möglich. Im Anspruch zwei des gleichen Verfahrens wird gesagt: „Eine aus etwa drei Teilen Nitrozellulose und ein Teil Kampfer hergestellte Folie wird gemäß dem Beispiel 1 perforiert und auf das zu klebende Werkstück, Leinwandbahn, Futterstoff, Leder od. dgl. gelegt. Durch Aufstreichen oder Aufstäuben des Lösungsmittels wird die Folie zum Quellen und Erweichen gebracht, worauf man eine weitere Materialfläche Leder, Futterstoff usw. auf die erste Bahn auflegt. Nach kurzem Belasten, Anreiben od. dgl. sind die Teile fest verbunden.“ Karl Widsch.

\*) Bezugsquelle: Boehringer u. Söhne G. m. b. H. Mannheim-Badstadt.

Albert Thomas †.

Am Sonntag, dem 8. Mai, ist Genosse Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamts in Genf, bei einem kurzen Aufenthalt in Paris plötzlich gestorben. Albert Thomas beabsichtigte eine Rundreise, die ihn durch eine Reihe europäischer Hauptstädte führen sollte, um als „ewiger Jude der Sozialpolitik“, wie er sich in einer großen Berliner Funktionärsversammlung selbst bezeichnet hat, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung zu wirken. Es ist anders gekommen. Nach Paris bekam er die Mitteilung, daß der Völkerbundsrat in seiner am Montag, dem 9. Mai, beginnenden Frühjahrstagung sich u. a. mit dem Beschluß der Internationalen Arbeitskonferenz befassen werde, die den Völkerbundsrat aufgefordert hat, in der Reparationsfrage zugunsten einer endgültigen Lösung zu vermitteln und für die Einberufung einer allgemeinen Wirtschafts- und Währungs Konferenz zu sorgen. Thomas beschloß, seine Reise zu unterbrechen und sofort nach Genf zurückzukehren.

Der Tod hat ihn verhindert, diesen Plan durchzuführen. Was in dieser Zeit der Verlust dieses kenntnisreichen und energiegelassen Vorkämpfers der Sozialgesetzgebung darstellt, ist noch nicht voll zu übersehen. Für die Arbeiterklasse und die wirklich sozialdenkende Menschheit bedeutet der Tod Albert Thomas' einen schweren, fast unersehlichen Verlust.

Für die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag.

In seinem Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz kam der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, u. a. auch auf die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag zu sprechen, wobei er folgende bemerkenswerten Ausführungen machte: „Der Stellungnahme gewisser Unternehmer nach zu schließen, könnte man glauben, daß das durch die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag und die 40-Stunden-Woche angestrebte Ziel vollständig erreicht ist und die Konvention gerade gut genug ist, um zum alten Eisen geworfen zu werden. Dieses Urteil darf Erkäunen erwecken. Haben sich nicht leiserzeit viele Unternehmer für diese Konvention ausgesprochen? Nur zwei Unternehmervertreter stimmten gegen das Übereinkommen! Die bis jetzt gegen die Ratifizierung geltend gemachten wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten schienen nie das Prinzip in Frage zu stellen. Noch gefährlicher als die Angriffe gewisser Unternehmer wäre ein unüberlegter Meinungsumschwung in der Arbeiterschaft. Gewisse Gewerkschaftsführer, die früher eifrige Anhänger der Ratifizierung der Konvention waren, sind heute zur Feststellung geneigt: „Was hat es schon für einen Sinn! Wir müssen in Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit der nationalen Aktion zugunsten der 40-Stunden-Woche zuwenden! Sie vergessen dabei, daß die weitestweite Berücksichtigung und Heberwahrung des Achtstundentages in der zukünftigen Aktion eine Voraussetzung weiterer Erfolge ist. Man möge sich hüten: Die Arbeiterschaft hat zu oft darunter gelitten, daß sie sich die Beute zugunsten eines Scheingebüdes entgehen ließ.“

„Nur an der Lohnhöhe liegt es.“

Die Wirtschaftsführer bekämpfen mit aller Macht die Tarif- und Lohnpolitik der freien Gewerkschaften. Nach ihrer Meinung kann nur mit Hilfe größter Lohnbeweglichkeit — lies: Lohnabbau — der Wiederaufbau der Wirtschaft durchgeführt werden. Jeder haben uns die Erfahrungen der letzten Jahre gelehrt, daß jeder neuen Lohnsenkung ein weiteres Kräfte der Arbeitslosenarmeen auf dem Fuße folgte. Bei Lohnverhandlungen stellen es unsere Arbeitgeber so dar, als ob schon ein Lohnunterstützung von einem halben oder viertel Pfennig für die Beschäftigten von ausschlaggebender Bedeutung sei.

Was es mit diesen genauen Kalkulationen auf sich hat, sehen wir aus dem Bericht über die Generalversammlung der Wiener Riemeermeister-Genossenschaft, den das Fachorgan „Die Wiener Lederwaren-Industrie“ veröffentlicht. In einem Anschreiben an das österreichische Ministerium für Handel und Verkehr verlangten die Wiener Riemeermeister, daß drei Viertel der jeweiligen Liefermenge dem Klein-gewerbe mit einem Aufschlag von 10 Proz. auf den Preis der Lederwarenhersteller vorbehalten bleiben. Ein Meister brachte zur Kenntnis der Versammlung, daß bei der Angebotsöffnung einer Heeresbekleidungsanstalt von 21 Angebotstellern folgende Mindest- und Höchstpreise errechnet wurden:

- a) für Leibriemen (Infanterie) von 1,95 bis 5,70 Schilling,
- b) für Leibriemen (Kavallerie) von 2,20 bis 7,40 Schilling,
- c) für Gewehrriemen von 1,20 bis 4,50 Schilling,
- d) für Sturmiemen von 0,32 bis 1,98 Schilling.

Wir haben in Deutschland vor einigen Jahren in der Reichsstücklohnkommission für das Heeresaus-rüstungsgewerbe Preise für die gängigsten Stücke festgelegt. Diese Löhne konnten leider nicht in allen Positionen gehalten werden. Doch dürfte es immer-hin von Interesse sein, daß der Nählohn für Leib-riemen (Infanterie) mit 23 Pf. gleich 38 Groschen, für Leibriemen (Kavallerie) mit 33 Pf. gleich 55 Groschen und für Sturmiemen mit 17 Pf. gleich 28 Groschen festgelegt war\*). Ob die Wiener Heeresausrüstungsleiter, wenn sie nun wegen dieser Preisunterschiede mit der Heeresbekleidungs-stelle Differenzen bekommen, sich auch mit den zu hohen Gehaltslöhnen herausreden werden? Es wäre immerhin von einigem Interesse, darüber Näheres zu erfahren.

Die Krise der deutschen Baupartassen.

Das Jahr 1924 kann als das eigentliche Geburts-jahr des deutschen Baupartassenwesens gelten. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren bereits kleinere unbedeutende Baupartassen lokalen Cha-rakters errichtet worden, ohne aber wesentliche Be-deutung zu erlangen. 1924 wurde die erste neue deutsche Baupartasse „Die Gemeinschaft der Freunde“ in Wittenrot gegründet. In den in-zwischen verfloßenen acht Jahren hat sich auf diesem Gebiete eine sprunghafte Entwicklung vollzogen. Insgesamt sind in der Zeit von 1924 bis Mitte 1931 etwa 380 Baupartassen gegründet worden. Davon sind allerdings 120 inzwischen wieder eingegangen. Im Sommer 1931 waren (nach Dr. H. Krahn und Dr. Faltenbock, „Das deutsche Bauparen“) noch 254 Baupartassen mit rund 330 000 Bauparen vorhanden.

Die zahlreichen Neugründungen in den letzten Jahren führten bald zu wenig erfreulichen Zu-ständen. Ein Teil der Baupartassen überbot sich gegenseitig in Anpreisungen und Versprechungen, die häufig im umgekehrten Verhältnis zu der tat-sächlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmungen standen. Hinzu kam, daß in einzelnen Fällen recht zweifelhaft Persönlichkeiten führende Stellen ein-nahmen. Leute, die weder fachlich, noch persön-lich geeignet waren, die Gelder vertrauensvoller Bauparer zu betreiben und ordnungsmäßig zu ver-wahren. Nach Harald v. Waldheim, „Das Bauparen“ waren in 31 Baupartassen Personen in leitenden Stellen vorhanden, die bereits den Offen-barungsseid geleistet hatten oder leisten sollten. Es ist nicht verwunderlich, wenn gerade von dieser Seite die tollsten Versprechungen gemacht wurden und der Zulauf von Bauparen gerade dorthin besonders groß war. Das blinde Vertrauen, das mancher Baukaufliche solchen Unternehmungen entgegenbrachte und das allerdings gepaart war mit einem starken Stück Egoismus — wollte doch jeder möglichst rasch mit dem Gelde der anderen Sparer in den Besitz der versprochenen Bauparsumme kommen — hat dann oft zu sehr herben Enttäuschungen geführt. Insbesondere in der zweiten Hälfte des verfloßenen Jahres haben eine große Anzahl Bauparer starke finanzielle Verluste erlitten.

Bei einer Anzahl Baupartassen trat der seit langem voraussehende Zusammenbruch ein. Be-schleunigt wurde diese Entwicklung durch die Bank-krise im Juli 1931, weiter durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wodurch es einem Teil von Bauparen unmöglich wurde, die einge-gangenen Verpflichtungen weiter zu erfüllen und zum dritten durch das Inkrafttreten des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungs-unternehmungen und Baupartassen vom 6. Juni 1931. Mit diesem Gesetz wurden die Baupartassen der Kontrolle des Reichsaufsichtsamtes für Privat-versicherung unterstellt. Als Geschäftsform ist im allgemeinen nur noch die Aktiengesellschaft, Kom-manditgesellschaft auf Aktien oder die Gesellschaft mit beschränkter Haftung zugelassen.

Die vom Reichsaufsichtsamte seitdem begonnene Prüfung der noch vorhandenen Baupartassen hat bereits zur Stilllegung einer erheblichen Anzahl dieser Rassen geführt.

Die freien Gewerkschaften haben Mitte 1930, als das Bauparen noch in voller Blüte zu stehen schien — es war damals schon dießmal nur noch eine Scheinblüte —, vor Wälfungen gewarnt und äußerste Vorsicht bei dem Abschluß eines Bauparvertrages empfohlen. Wer leiserzeit diese Warnungen be-achtet hat, dem werden finanzielle Verluste erspart geblieben sein.

Es ist kaum anzunehmen, daß das kollektive Bau-paren in Zukunft auch bei besseren wirtschaftlichen Verhältnissen nochmals den Auftrieb erfährt wie in den Jahren 1928 bis 1930. Einmal, weil die Beute mißtraulich geworden sind, zum anderen, weil durch das Reichsaufsichtsamte unterbunden wird, daß in

den Prospekten phantastische Versprechungen über die Leistungen der Baupartassen noch gemacht wer-den dürfen, und zum dritten, weil bei Stockung des Zustromes neuer Bauparer der größte Anreiz zum Beitritt, nämlich die Verzürzung der Wartezeit bis zur Zuteilung der Bauparsumme, mehr und mehr wegfällt.

Was ist Hitlers Sozialismus?

Im Verlag für Kulturpolitik hat der Schriftsteller Edgar von Schmidt-Pauli eine Sammlung von Biographien nationalsozialistischer Unterführer unter dem Titel: „Die Männer um Hitler“ herausgegeben. Schmidt-Pauli ist begeisterter Hitlerianer und hat im Namen eines „Aus-schusses nationaler Katholiken“ bei den Präsi-dentschaftswahlkämpfen zur Wahl Hitlers ausge-rufen. Sein Buch, das sich bis zu Sprechlektionen vor Hitlers Sekretären und Kammerdienern ver-steigt, wäre an sich bedeutungslos, wenn es nicht in seiner Einführung auch einige Abzichte über das sachliche Wollen der Hitler-Bewegung enthielte. Auf Seite 37 ff. behandelt Schmidt-Pauli die Stellung der NSDAP. zu den Grundproblemen der Wirt-schaft. Da das ganze Buch darauf abgestellt ist, Be-fähigung für die NSDAP. zu interessieren, wird der antisozialistische, arbeitserfeindliche Charakter der Bewegung mit aller Deutlichkeit herausgestellt. Die Behauptung, daß die NSDAP. eigentumsfeindlich sei, wird als „Märchen“ erklärt. Auf Seite 38 wird eine Erklärung Gottfried Feders wiedergegeben, in der es u. a. heißt:

„Aus Sinn und Geist des gesamten Programms ergibt sich mit unumkehrlicher Klarheit, daß der Nationalsozialismus als überlegenster und folge-richtigster Gegner des Marxismus dessen Roff und Wirtschaft zerstörende Kardinallehre der „Enteignung allen Besitzes“ mit aller Entschlossenheit ablehnt. Der Nationalsozialismus, wie unser Programm klar und eindeutig besagt, steht auf der Grundlage der Anerkennung des Privateigentums. Das Erbrecht wird ebenfalls anerkannt. Der Nationalsozialismus sieht in einer Rechtsordnung, die dem Fleißigen und Tüchtigen den Erwerb von Privateigentum ermöglicht und den Besitz des Er-worbenen garantiert, die beste Grundlage für das Wiedererleben der Wirtschaft, der Persönlichkeit und damit auch die Voraussetzung und Grund-lage aller Kultur.“

Schmidt-Pauli bespricht dann im folgenden die „Brechung der Zinsnechtheit“, wozu er bezü-gelnd schreibt:

„Hierbei liegt die Betonung auf „Nechtheit“, nicht auf „Zins“.

Nochmals wird eine Erklärung Feders zitiert, in der es u. a. heißt:

„Niemand wird die paar Mark Zinsen aus Sparheft oder Pfandbriefen oder Staatspapieren als Zinsnechtheit bezelonen.“

Feder scheint gar nicht zu merken, daß er mit dieser Erklärung seine eigenen Zinsnechtheits-theorien völlig über den Haufen wirft. Schmidt-Pauli schreibt dann weiter auf Seite 40:

„Front gemacht werden muß nur gegen die naive Auffassung, daß der Nationalsozialismus überhaupt rundweg mit allen Zinsen aufräumen will.“

Und auf Seite 41:

„Zu bemerken ist noch, daß der Nationalsozia-lismus keineswegs beabsichtigt, die Freiheit der Wirtschaft einzuzengen. Für die Produktion vor allem erkennt er die Wichtigkeit der Persönlichkeit und die Notwendigkeit der freien Initiative durch-aus an. Zwischen Produktion und Konsumtion liegt das große Zirkulationsgebiet des Handels und des Verkehrs. Auch hier soll der „höchste Kaufmann“ das Feld seiner Tätigkeit finden.“

In einem weiteren Kapitel wird dann die Stellung der NSDAP. gegenüber dem Proletariat erörtert. Es heißt dort (Seite 42):

„Ein beliebiger Einwand der Gegner des National-sozialismus ist die Behauptung, der Nationalsozia-lismus wolle als Arbeiterpartei eine Art bolsche-wistisches Regime einführen. Nur völlige Un-kenntnis kann die Tatsachen so auf den Kopf stellen. Zum Teil beruht der Einwand auch auf der völligen Mißverkennung des Begriffs Sozia-lismus in der Etikette der Partei. Zusammen-fassend sei hier gesagt, daß „Sozialismus“ im Sinne der NSDAP. nichts mit Sozialdemokratie, also mit Marxismus zu tun hat. Der Begriff muß in seinem eigentlichen und wahren Sinne, nicht in dem umgebogenen und verfälschten Sinne der heutigen Linksparteien verstanden werden. Die Betonung liegt auf „sozial“, d. h. „Gemeinschafts-geist“. Doch kein Gemeinschaftsgeist etwa in dem wehleidigen Sinne, daß sich der Fraule auf die Unterstützung des Tüchtigen verlassen darf.“ Eine trübseligere Selbstentlarung dieser „Ar-beiterpartei“ hat es wohl nicht oft gegeben!

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Michael Brunner gestorben. Am Montag, dem 2. Mai, ist nach langem Krankenlager Kollege Michael Brunner, der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Lederarbeiterverbandes, gestorben. Der Verstorbene war am 29. Dezember 1882 in München geboren, stand also erst im 50. Lebensjahr. Von Beruf Lohgerber, betätigte er sich frühzeitig in seiner Fachorganisation und in der gesamten Arbeiterbewegung. Von 1919 bis 1928 bekleidete er den Posten als befohlener Gauleiter für Sachsen-Thüringen und Bayern. Am 1. Januar 1929 wurde Brunner als zweiter Vorsitzender des Hauptverbandes im Lederarbeiterverband nach Berlin berufen. Sein Ableben stellt einen fühlbaren Verlust für unsere Bruderorganisation dar. Wir werden dem Verstorbenen ein gutes Angedenken bewahren.

Quartalsbericht der Volksfürsorge.

Die im 1. Quartal 1932 noch immer zunehmende Zahl der Arbeitslosen und die Schrumpfung des Einkommens durch die Folgen der Vierten Rotverordnungsboten dem Volksversicherungsgesetz 1932 keine günstigen Aussichten. Trotzdem ist bei der Volksfürsorge ein Rückgang in der Zahl der Anträge in keinen Lebensversicherungen gegenüber dem letzten Quartal 1931 nicht erfolgt. Insgesamt wurden von Januar bis März dieses Jahres 47 791 Volks- und Lebensversicherungsanträge gestellt. Mit diesem Ergebnis steht unter Unternehmen nach wie vor an der Spitze der privaten deutschen Versicherungsgesellschaften auch hinsichtlich des monatlichen Neuzuganges.

Genossenschaftswesen

Konsumgenossenschaften und Subventionen aus öffentlichen Mitteln. Die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Konsumgenossenschaften richten gegenwärtig heftige Angriffe gegen die Verbrauchervereinigungen, weil sich ihre Spitzenverbände — ausnahmsweise und entgegen ihrer grundsätzlichen Einstellung — um die Zurückertattung der von den Konsumgenossenschaften erhobenen Sonderumsatzsteuer zur Stützung einzelner besonders bedürftiger Verbrauchergenossenschaften bemühen. Die den gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen feindlich gegenüberstehenden Kreise vergessen dabei, in welchem Umfang die Privatwirtschaft die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen hat. Reichsfinanzminister Dr. Brüning erklärte in einer am 8. April in Stettin gehaltenen Rede:

„Wir haben die Genossenschaften gerettet, wir haben die wirtschaftlichen Unternehmungen des Mittelstandes gerettet, wir haben die Großbanken saniert.“

Die Konsumgenossenschaften haben bisher keinen einzigen Pfennig aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Beträge, die in der letzten Zeit der Landwirtschaft, der Industrie und den Banken als Beihilfen des Reiches, der Länder und der Gemeinden zugeflossen sind, werden auf über eine Milliarde Reichsmark berechnet. Dazu kommen noch die gewaltigen mittelbaren Leistungen der Allgemeinheit an die durch die Zoll- und Kartellpolitik begünstigten Unternehmungen. Die Gegner der Verbrauchervereinigungen sollten deshalb erst einmal den Balken im eigenen Auge betrachten, ehe sie den Splitter im Auge der Konsumgenossenschaftsbewegung suchen.

Rückkehr des Vertrauens der Sparer in den Konsumgenossenschaften. Der Zusammenbruch verschiedener Großbanken im Sommer 1931 verlegte dem Vertrauen aller Sparer im Deutschen Reich einen schweren Stoß. Ebenso wie die Banken und die Sparkassen blieben auch die Konsumgenossenschaften von einem nicht unbeträchtlichen Abzug der bei ihnen angelegten Spargelder nicht verschont. Die von den Konsumgenossenschaften und ihren Zentralorganisationen getroffenen Vorkehrungen ermöglichten es jedoch, alle Anforderungen der konsumgenossenschaftlichen Spareniege zu erfüllen. Erfreulicherweise ist inzwischen die wirtschaftliche Einsicht der sparenden Verbraucher wieder erheblich gestärkt worden. Die Rückkehr des Vertrauens der Konsumgenossenschaftssparer geht aus der Spareinlagenstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die 128 große Konsumgenossenschaften umfaßt, deutlich hervor. In diesen 128 Konsumgenossenschaften waren die Auszahlungen von Spareinlagen im Durchschnitt der letzten drei Monate (Dezember 1931, Januar und Februar 1932) geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit, obwohl viele notleidende Konsumgenossenschaftsmitglieder gegenwärtig ihre Spar-

größen weit dringender benötigen als vor Jahresfrist. Die von der starken Kraft der Selbsthilfe überzeugten Verbraucher wissen, daß ihre Ersparnisse nirgends sicherer und nuzbringender angelegt sein können als in den unter ihrer eigenen Mitverantwortung und Kontrolle errichteten Konsumgenossenschaften. Die Krisenwirkungen und die verurteilenden Angriffe der Konsumgenossenschaftsgegner vermögen diese Zuversicht nicht zu erschüttern.

Rundschau

Brennabor-Werke neu gegründet. Die Neugründung der Brennabor-Werke in Brandenburg a. d. H. scheint nunmehr gesichert. Es wird eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2,8 Millionen Mark gegründet, das an die Gläubiger gegeben wird. Die Art der neuen Produktion steht noch nicht fest, sicher ist bisher nur, daß die rentable Kinderwagenherstellung wieder aufgenommen wird. Ob man zur Herstellung von Fahrrädern oder von Automobilen übergehen wird, ist noch nicht entschieden. Für das Fahrradgeschäft spricht, daß unter dem Druck der Wirtschaftskrise die anderen Privatverkehreismittel zu teuer sind, und sich gerade dadurch das Fahrradgeschäft gehoben hat.

Opel-Werke vollständig von General Motors übernommen. Das Aktienkapital der Daim Opel A.G. in Höhe von 60 Millionen Mark war bisher zu 80 Prozent im Besitz der General Motors Corporation. Den Rest von ungefähr 12 Millionen Mark besaßen Wilhelm und Fritz Opel. Im Geschäftsbericht der General Motors für das Jahr 1931 wird die Pressmitteilung bestätigt, wonach die amerikanische Gesellschaft den Rest der Aktien erworben hat. Demnach verpflichtet sich diese von den Umstellungen im Produktionsprogramm der Opel A.G. einen Erfolg. Der Verlust im Jahre 1930 war durch die Aufwendungen für die Umstellungen entstanden. Für das Jahr 1931 dürfte mit einer Dividende ebenfalls kaum zu rechnen sein.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem letzten Wochenbericht die Ergebnisse der Industrieberichterstattung für März wie folgt an: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist gegenüber Februar fast unverändert geblieben; sie betrug 41,1 Prozent der Arbeiterplatzkapazität. Die Zahl der geleisteten Stunden hat sich von 34,4 Prozent auf 34,9 Prozent der Arbeiterstundenkapazität erhöht. Dementsprechend ist die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 6,76 auf 6,90 Stunden gestiegen. In den Produktionsgüterindustrien war die saisonmäßige Belebung fast nur halb so stark wie im Vorjahre. Dies ist zum großen Teil auf die geringe Bauaktivität zurückzuführen. In den Produktionsgüterindustrien, die keine ausgeprägte Saisonbewegung haben, hat sich der Rückgang seit Februar verlangsamt. Die Beschäftigung der Verbrauchsgüterindustrien war im Frühjahr 1931 beträchtlich gestiegen. Auch in diesem Jahre zeigt eine große Anzahl von Industriezweigen eine saisonmäßige Belebung. Diese war indes nicht stark genug, den Rückgang in den übrigen Industriezweigen auszugleichen.

Ferienreisen 1932 mit den Naturfreunden.

Wer heute noch das Glück hat, nach langen arbeitsreichen Monaten einige Tage oder Wochen Urlaub zu haben, wird sehr glücklich ausschauen, wie er diese Tage der Loslösung von dem körperlich verwüstenden Arbeitsprozess am vorteilhaftesten verbringen kann, zumal wenn ihm keine wohlgefüllte Geldbörse zur Verfügung steht. Den Urlaubs- und Ferienwünschen der wertvollen Massen trägt in jeder Beziehung der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Rechnung. Die reichen Erfahrungen im Bereiche des Wanderns und Reisens und des Ferienaufenthalts und die Einrichtungen der Organisation ermöglichen es ganz besonders, den verschiedensten Ansprüchen gerecht zu werden.

Ein Blick in die soeben erschienene Broschüre „Ferienreisen mit den Naturfreunden 1932“ zeigt die Vielseitigkeit der geplanten Ferienfahrten, die in die Gebirgswelt, an die See, in die deutschen Mittelgebirge und im Faltboot auf die deutschen Ströme führen.

Die Broschüre ist zu haben bei allen Naturfreunde-Reisebüros und Wanderauslaststellen sowie bei allen Ortsgruppen. Gegen Einzahlung von 15 Pf. an das Zentralreisebüro der Naturfreunde, Nürnberg-W., Sündersbühlstr. 5, erfolgt Zusendung per Post.

Gesellschaftsreisen führt der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit in diesem Jahre nicht durch, wie er in seinen „Reisebüchern“ 3/4 und in

Rundschreiben mitteilt. Die Kultur-Abteilung des A.D.G.B. in Leipzig veranstaltet auch im Jahre 1932 Reisen nach dem In- und Ausland und ist gern bereit, den bisherigen Teilnehmern der Reisen des Reichsausschusses die günstigen Bedingungen einzuräumen, schon aus den Gründen der bisherigen freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Körperschaften. Frühere Reisetilnehmer und neue Interessenten können Druckfachen abfordern von der Kultur-Abteilung des A.D.G.B., Ortschaftsamt Leipzig C 1, Zeiger Str. 32.

Bücherchau

Geldsicht und Liebe. Unter den sozialwissenschaftlichen Büchern, die in den letzten Jahren in rascher Folge herausgebracht wurden, nehmen die Bücher von Dr. Max Hübmann einen hervorragenden Platz ein. Im Gegensatz zu jenen Werken, die den ausgesprochenen Zweck erkennen lassen, der jeweiligen Aufklärung nur so weit zu dienen, wie es im Interesse des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaftsordnung liegt, heißen die Bücher von Dr. Max Hübmann gegen die Ursachen und Urheber sozialwirtschaftlicher Erscheinungen. Hübmann schreibt nicht nur, um den Geist des Lesers zu erhellern, um junge Ehepaare und schwangere Frauen zu betören, sondern seine Bücher haben die deutliche Absicht, die bisheriger Privilegien der besitzenden Klasse auf diesem Gebiete — faktitäre Erbschaft, Erbverbreitung, Erbschaftsübertragung und so manches andere — zum Eigentum der proletarischen Massen zu machen. Der Staatsanwalt hat das zu hindern versucht, aber die zeitweilige Verschlagnahme des bedeutendsten Buches von Hübmann, „Geldsicht und Liebe“, hat nur dazu beigetragen, Erfolg und Verbreitung dieses Wertes zu fördern. Die Widerstände Gutendberg, Berlin, hat sich jetzt in den Dienst der von Hübmann geführten Arbeit für die Sozialreform gestellt und „Geldsicht und Liebe“ in einer Vorzugsausgabe für die Mitglieder dieser Gemeinschaft verlässlicher Ausgabe zum Preis von 2,70 RM. in einem herausgebrachten, jedoch mit dem Hübmannschen Werk, das bisher den wirtschaftlichen Schwächen nur in seltenen Fällen ungenügend war, die ihm gebührende Verbreitung finden. „Geldsicht und Liebe“ wurde von dem bekannten Dr. Friedrich Wolf, dem Verfasser von „Gonality“, als ein „epochales Werk“ bezeichnet, und viele andere haben diesem Buch Hübmanns glänzende Zeugnisse ausgesprochen und besonders hervorzuheben, daß Hübmann so mutig und wissenschaftlich seine und dabei so allgemeinverständliche auf die Dinge heranzieht. Seine Verantwortlichkeit, die Reinheit seiner Meinung und die aufrichtige Kraft seiner Darstellungen werden ausdrücklich betont. Die Widerstände Gutendberg hat mit diesem Buch eine große jüdische Tat vollbracht.

Das Erstarre Rechtsbildungsprogramm. 10 Punkte zur Reform unserer Rechtsbildung. Beschlossen Ende August 1931 vom 7. Verreiter des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker m. b. H., Berlin SW 61, Dreißendstraße 6. Ladenpreis 30 Pf.

Die ausführlichen Darlegungen der 10 Punkte zur Rechtsreform, die von einem vorher eingeleiteten Ausschuss ausgearbeitet und nach gründlicher Durchberatung genehmigt worden waren, wurden dann von einem liebenswürdigen Rechtschreibauschuss einer Prüfung unterworfen. Der Schriftleiter des Sprachworts Friedrich Oberhuber hat nunmehr die 10 Punkte erläutert und den Bildungsverband hat in einer 3seitigen Schrift diese Erläuterung der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Es ist zu empfehlen, diese Erläuterung zu lesen. Sie bietet so viel Interessantes für alle, daß wir hoffen, dieses billige Schriftchen möge dazu beitragen, die bereinigten Bemühungen in dieser dringenden notwendigen Reform zu einer Sache des Volkes zu machen.

Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. 2. Teil. 2. Jahrgang gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin von Fritz Friede. 111 Seiten. Ladenpreis 2,20 RM., Organisationspreis 1,50 RM.

In der Schriftenreihe des Bundesverbandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist nach der Veröffentlichung der Tätigkeit des freigewerkschaftlichen Seminars in Köln ein weiteres Heft über die Berliner Gewerkschaftsschule erschienen. Diese Arbeit verdient nicht nur in sozialpädagogischer Beziehung eine besondere Beachtung. Die Geschichte der Berliner Gewerkschaftsschule ist zugleich ein nicht unwichtiges Kapitel in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Was an Hoffnungen und Sorgen, an Zielsetzungen und Kräften sich in schicksalsschweren Jahren offenbarte, was an Reife und mütterlichen Wirkensfeldern sich durchsetzte, das hat auch in der Berliner Gewerkschaftsschule als Aufgabe bewahrt sein wollen.

Wer diese Pläne der Berliner Gewerkschaftsschule liest, sollte sie mit der Schulungsarbeit vergleichen, die das freigewerkschaftliche Seminar in Köln vollbringt, aber die in Heft 1 der Schriftenreihe berichtet wurde. Beide erlangen sich sehr gut. Wenn sich auch Chancen feststellen lassen, die sich aus anderen zeitigen Vorge der Städte Berlin und Köln ergeben, aber aus dem Kreis der berechtigten Verantwortlichen, so zeichnen sie zusammen ein gutes Bild des gegenwärtigen Standes gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 9. Mai bis 15. Mai ist der 20. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Sterbetafel

Berlin. Am 2. Mai starb im Alter von 49 Jahren unser langjähriges Mitglied, der Sattler Kollege Richard S w o d e n t.

Mannheim. Nach fast 20jähriger Mitgliedschaft ist am 24. April 1932 unser Kollege, der Tapezierer Philipp K u n g, gestorben.

Ehre ihrem Andenken!